

Literaturbesprechung zu: Bryan S. Turner (Hg.): Citizenship and Social Theory. London: Sage 1993

Eder, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eder, K. (1994). Literaturbesprechung zu: Bryan S. Turner (Hg.): Citizenship and Social Theory. London: Sage 1993. [Rezension des Buches *Citizenship and social theory*, von B. S. Turner]. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46(4), 736-738. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-39335>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

zentralen – Teils der Befunde auf. Hier sind Replikationsstudien dringend angeraten.

In drei im Prinzip kongruent aufgebauten Kapiteln des Buches spielt Kriesi sein Modell für die Akteursbereiche politische Parteien, Gewerkschaften und NSB in einer so großen Differenziertheit durch, daß jeder Versuch, diesen Analysen hier inhaltlich gerecht zu werden, zum Scheitern verurteilt wäre. Als Hauptergebnis zeigt sich – wen wird das überraschen –, daß sich das Modell, getestet über LISREL, in allen diesen Sektoren bewährt. Dies bedeutet, daß, je nach politischer Richtung der untersuchten Organisation(sgruppe) natürlich mit unterschiedlicher Richtung und unterschiedlichem Gewicht, sowohl Sozialstruktur als auch kulturelle Orientierungen, Einbindung in Netzwerke und in der Vergangenheit erreichte Mobilisierungsniveau die Chance für eine künftige Mobilisierung maßgeblich beeinflussen.

Die Studie dokumentiert für die Niederlande in eindrucksvoller Weise, in welchem Umfang die NSB dort bereits institutionalisierter Bestandteil des demokratischen politischen Prozesses geworden sind. In diesem kleinräumigen Land sind allerdings über die kurzen Kommunikationswege und die Nähe zu den urbanen Mobilisierungszentren auch besonders günstige Gelegenheitsstrukturen für issue-spezifische Mobilisierungen vorhanden. Die NSB haben den Bürgern offenkundig eine issuespezifische und damit äußerst ökonomische (weil für die Sympathisanten keinen hohen Aufwand erfordernde) wie wirksame Einflußchance auf politische Entscheidungen eröffnet, für die es weder in den Parteien noch in den Interessengruppen ein Äquivalent gibt. Die Schlußfolgerung: NSB are here to stay. Die Analyse von Kriesi hat in der Unterscheidung nach dem Niveau des Engagements allerdings auch einen bereits für politische Parteien wohlbekannten Befund repliziert: Die Organisationskerne der NSB sind in ihren politischen Vorstellungen weit (als Repräsentanten in den Niederlanden vor allem der Neuen Linken) vom Durchschnitt ihrer Sympathisanten entfernt und damit in ständiger Gefahr, deren Folgebereitschaft verlustig zu gehen.

Insgesamt stellt die Untersuchung ein ausgezeichnetes Beispiel für die Möglichkeiten der empirischen Sozialforschung dar, sich bei fundierter theoretischer Konzeptualisierung komplexer Themen ertragreich anzunehmen. Dennoch hat der Chronist auch eine Reihe von

kleineren und größeren Ärgerlichkeiten zu konstatieren. Zunächst einmal liegt insofern ein – nicht trivialer – Etikettenschwindel vor, als von dem im Untertitel angekündigten internationalen Vergleich keine Rede sein kann. Der exkulpatorische Verweis in der Einführung auf zukünftige Arbeiten verstärkt den Ärger über dieses Defizit noch. Neben dem bereits erwähnten Problem in der Operationalisierung des Werteraumes fallen mehrere andere methodische Unzulänglichkeiten auf: der Querschnittscharakter der Studie zwingt den Autor ständig zu einer Überinterpretation der auf Lebensalter bezogenen und damit notwendigerweise ambivalenten Befunde; die Lektüre und das Verständnis der Daten wird durch (im Buchdruck) weitgehend ununterscheidbare Grafiken, sehr unterschiedliche Fallzahlen und Operationalisierungen sowie mangelnde Darstellungsdisziplin unnötig behindert. So ist das Buch zwar ein Muß für jeden Partizipations- und NSB-Forscher sowie für den Komparativisten mit einem Schwerpunkt in den Niederlanden; ein Lesevergnügen kann jedoch leider nicht annonciert werden, sondern statt dessen harte Arbeit.

Max Kaase

*

Bryan S. Turner (Hg.): *Citizenship and Social Theory*. London: Sage 1993. 194 Seiten. ISBN 0803986122. Preis: £ 11,95.

Dieser Band ist einer von den zahlreichen Beiträgen zum Thema „Citizenship“, die in den letzten Jahren die Bücherregale füllen. Der Begriff „Citizenship“, unangemessen übersetzt als „Staatsbürgerschaft“, hat, wie auch im vorliegenden Band angemerkt wird, bislang dominierende Konzepte des politischen Diskurses beerbt: nicht mehr Subjektivität, die Politik der ersten Person, definieren das sich im intellektuellen Diskurs neu etablierende gesellschaftliche Selbstverständnis, sondern der „Bürger“. Damit hat das Konzept des „Bürgers“ eine interessante Karriere durchgemacht: ideologisch verdammt durch die Marxsche Kritik bis in die achtziger Jahre, und verteidigt nur noch von den Ewiggestrigen in den sechziger Jahren (damals war das etwa Dolf Sternberger), gehört er heute wieder zum Vokabular nicht nur legitimen politischen Diskurses, sondern auch theoretischer Reflexion und sozialwissenschaftlicher Analyse. Turner

nennt in seinem lesenswerten Einleitungsartikel einige Gründe, warum dies so ist: Citizenship stehe im Zentrum der normativen Debatte über Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Rechte und Pflichten; es stehe im Zentrum der Debatte über Armut, Sozialleistungen und Wohlfahrt, und es stehe schließlich im Zentrum der Debatte über kulturelle Identität und Differenz. Diese Fokussierung zentraler Themen gegenwärtiger Selbstreflexion der Gesellschaft hat damit zu tun, daß Citizenship die Natur der Mitgliedschaft in modernen Gesellschaften thematisiert. Das zwingt die theoretische Reflexion in den Sozialwissenschaften, den Begriff aufzunehmen und analytisch neu zu bestimmen.

Turner tut das, indem er an T.H. Marshall anknüpft und dessen Annahmen kritisiert. Das Ergebnis ist eine doppelte Bestimmung von Staatsbürgerschaft: einmal als eine „diskursive Form“, die mit politischen Traditionen zu tun hat, die dem „westlichen Modell“ verpflichtet sind und die mit zunehmender Modernisierung ihre semantische Bedeutung verändert hat; dann als soziale Form institutionalisierter Praktiken (set of practices), die eine Person als kompetentes Mitglied einer Gesellschaft bestimmen, die wiederum mit den sozialen Klassenlagen, politisch-rechtlich gegebenen Teilnahmechancen und dem überlieferten kulturellen Selbstverständnis variiert.

Hindess radikalisiert die Kritik des Marshall-Modells weiter mit der Annahme, daß Marshalls Idee der Institutionalisierung von „social citizenship“ durch soziale Rechte wenig mit der Realität zu tun hat. Er stimmt aber Marshall dahingehend zu, daß die Idee der „social citizenship“ eine zentrale Rolle in modernen Gesellschaften spielt. Diese Rolle ist allerdings weder im Sinne einer bloßen ideologischen Mystifikation, wie sie Marx und Weber gesehen haben, noch im Sinne einer Idee, die auf ihre Realisierung drängt, wie das Marshall annimmt, zu sehen. Hindess geht es also um eine angemessenere Theorie der Art und Weise, wie Ideen soziale Konsequenzen haben. Er sieht „Citizenship“ als eine diskursive Form, in der Mitgliedschaft in einer Gesellschaft definiert wird, und fragt dann nach der Rolle dieser diskursiven Form für die Herstellung einer legitimen sozialen Ordnung. „Citizenship“ wird also als ein zentrales Element der „Semantik“ einer Gesellschaft erklärt. Barbalet steuert eine funktionale Erklärung bei: daß die Idee von „Citizenship“ ein Mechanis-

mus sei, Klassenhaß zu neutralisieren. Die Analyse von Citizenship im Rahmen einer Soziologie der Emotionen nimmt die bereits von Marshall aufgestellte These auf, daß Citizenship eine integrative Formel sei, die Vergemeinschaftung trotz Klassenunterschieden und sozialer Ungleichheit ermögliche. Das führt zur Frage, ob und inwieweit Citizenship solche Gefühle der Gemeinschaftlichkeit vermittelt – und das ist eine theoretisch interessante empirische Frage.

Der vielleicht provokativste und interessanteste Beitrag zu diesem Band ist der von Peter Saunders, der die Marshallsche Theorie als einer weiteren Stufe der Realisierung von „Citizenship“ in Frage stellt. Gegen die Ausweitung von sozialen Rechten durch staatliche Institutionen wird einmal das empirische Argument einer durch Abhängigkeit von staatlichen Bürokratien erzeugten Erosion von Citizenship gesetzt, zum anderen das theoretische Argument eines engen Zusammenhangs von moralischer Ordnung und individualistischer Marktgesellschaft entwickelt. Der Markt ist, so Saunders, eine moralische Ordnung in dem Maße, wie er den einzelnen Optionen ermöglicht; nachdem wir nicht mehr in einer Ökonomie der Subsistenz leben, sind solche Optionen auch objektiv möglich. Allerdings ist auch diese liberale Ordnung auf ein Gefühl der Zugehörigkeit angewiesen, das aber nicht durch eine Ausweitung sozialer Rechte, die notwendig wohlfahrtsstaatliche Agenturen nach sich ziehen, sondern nur durch politische Formen und Bürgerrechte, die die Optionsfreiheit des einzelnen optimieren, hergestellt werden kann. Sein Lösungsvorschlag ist der die individualistische Marktgesellschaft schützende „local state“, in dem sich dem Bürger Identifikationsmöglichkeiten durch reale Partizipationschancen bieten.

Das Thema sozialen Zusammenhalts wird in den weiteren Beiträgen variiert. Kalberg gibt eine Weberianische Deutung von Citizenship als eines Konglomerats von ziviler Verantwortung, sozialem Vertrauen, Egalitarismus und weltzugewandtem Individualismus, eine Diskussion, die wenig Neues beisteuert. Shotter betont das psychologische Moment der Identitätsbildung und Zugehörigkeitsmotivation als zentraler Elemente einer Theorie der Bürgerschaft und verbindet dies mit konstruktivistischen Theorieansätzen. Seligman schließlich stellt die Staatsbürgerdiskussion in den Zusammenhang der Diskus-

sion um die civil society, ohne jedoch über ideengeschichtliche Bezüge hinauszugelangen. Auch Turners Vorschlag im Schlußkapitel, eine Theorie der „Citizenship“ in einer Theorie der Menschenrechte zu verankern und so die normative Dimension in die empirische Analyse von „Citizenship“ zurückzuführen, ist nicht sehr überzeugend.

Fazit: Ein interessantes Buch, das analytische Perspektiven eröffnet, auch einige Holzwege aufzeigt, insofern ein Buch, das gerade auch aus diesem Grund die Lektüre lohnt. Die Theorie selbst ist immer noch weit entfernt. Aber das gilt für das Thema generell und ist nicht den Autoren anzulasten. Der Band ist offensichtlich stark „britisch“, was mit Marshall, mit der Erosion des Wohlfahrtsstaats während der Thatcher-Ära, und mit der spezifischen englischen liberalen Tradition zu tun hat. Das fügt für den deutschen Leser eine zweite Motivation zur Lektüre hinzu: zu sehen, wie auf der Insel das Thema anders angegangen wird und Staatsbürgerschaft als diskursive Form bereits Differenzen zwischen Gesellschaften erzeugt. Auch dies ein Beitrag zu einer Soziologie der Staatsbürgerschaft.

Klaus Eder

*

Ulrich Beck: Die Erfindung des Politischen.
Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993. 303 Seiten.
ISBN 3-518-11780-7. Preis: DM 20,-.

Das Buch von Ulrich Beck, dem er ohne Anflug von falscher Bescheidenheit den opulenten Titel *Die Erfindung des Politischen* gegeben hat, gehört zu jenen Werken soziologischer Literatur, die es dem Leser nicht gerade leicht machen. Es ist keine strenge wissenschaftliche Untersuchung – hierfür ist es nicht systematisch genug; aber auch kein populäres Buch sozialwissenschaftlicher Aufklärung – dazu ist es zu sehr mit Begriffsbeugungen befaßt und auch nicht flott genug geschrieben.

Dieser formalen Eigenheit ist es vielleicht geschuldet, daß Leser Mühe haben werden, jenen systematischen Kern des Beckschen Denkens zu entdecken, den *Die Erfindung des Politischen* leider gut zu verbergen weiß. So kann ihnen womöglich entgehen, daß Ulrich Beck hier ein Versprechen einlöst, das sein berühmter Aufsatz von 1983 *Jenseits von Stand und Klasse* im Untertitel einmal gegeben hatte: die „Entstehung neuer sozialer Formationen

und Identitäten“ zu erforschen, die der sozialstrukturellen Individualisierung folgen soll.

Jene oft vermißte „subjektive“ Seite der Individualisierung wird im vorliegenden Buch nunmehr als „subpolitische“ Erfindung neuer Regeln des Zusammenlebens verstanden, als Prozeß der kreativen Selbsterzeugung politischer Themen und Ziele, wobei sich die Konstruktionsleistungen der Individuen im gleichen Maße von älteren Wertmustern und Konfliktlinien lösen sollen, wie sie aus einem starren System sozialstruktureller Prädikaten entlassen worden sind. Ulrich Beck zufolge entgrenzt sich in der Gegenwart der modernen Gesellschaft das politische Handeln. Politik wird zunehmend außerhalb der dafür vorgesehenen Bereiche staatlicher Institutionen und korporatistischer Verbände gemacht, sie erreicht den Alltag der Individuen, wo sie das neu arrangiert, was Jürgen Habermas einst die „Grammatik der Lebensformen“ nannte. Zeitgeschichtlich befördert durch den Wegfall des Ost-West-Konfliktes und die Krise der Parteidemokratie bildet sich – so lautet die These – jenseits formaler Zuständigkeit und Hierarchien eine „regelverändernde“ Politik heraus, „betrieben von der Gesellschaft selbst, um ihre eigenen Strukturen, Regeln und Normen zu verändern“ (17f.). Die Schauplätze dieser „Politik der Politik“ sind nicht Wahlkabine, Parteitag und auch nicht die politische Demonstration, sondern Berufsalltag, privater Haushalt, soziale Netzwerke, das Schlafzimmer und die Nachbarschaft.

Ausgelöst wird diese „Subpolitik“ durch einen Prozeß der „reflexiven Modernisierung“, in deren Verlauf die „Industriemoderne“ sich selbst als „Risikogesellschaft“ zum Thema und Problem wird. In Aufnahme der jüngeren Arbeiten von Anthony Giddens schildert Ulrich Beck die „reflexive Moderne“ als eine Gesellschaft umfassender Politisierung. Infolge sozialer Ungewißheiten und ökologischer Selbstgefährdungen erzeugt sie fortwährend politische Handlungszwänge, was staatliche Politik heute starken Begründungspflichten unterwirft. Andererseits eröffnet die Individualisierung auch neue politische Handlungsmöglichkeiten und vervielfältigt die Anzahl und Optionen politischer Akteure. Politik wird dadurch in einem höheren Maße verhandlungsabhängig, als dies in Zeiten der Fall gewesen ist, in denen ein politischer Konsens in der Gesellschaft nicht erst mühselig erzeugt werden mußte, sondern ent-